

**Universalistischer
Rassismus,
getarnt als “Islamis-
muskritik”?**

**Linker Antirassismus und
der Diskurs über „Islamophobie“**



2,00 €

Hamburger Skripte 18

Universalistischer Rassismus, getarnt als "Islamismuskritik"?

Linker Antirassismus und der Diskurs über „Islamophobie“

Hrsg.: Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg e.V.
Hamburg, Januar 2009 - 2,00 €

Editorische Notiz

Dieser Text ist die leicht überarbeitete Fassung des gleichnamigen Vortrages, den Udo Wolter auf unserer Veranstaltung am 4. Dezember 2008 in Hamburg hielt. Die Relevanz des Themas steht außer Frage. Ihr entspricht leider nicht in gleichem Maße die - sachlich unaufgeregte und zugleich fundierte - Diskussion. Wir halten es nicht für ausgeschlossen, dass sich an diesem Text Widerspruch entzündet. Darüber wären wir nicht unzufrieden, schließlich sehen wir die Aufgabe politischer Bildung unter anderem darin, Menschen zum Nachdenken, zum Überprüfen der eigenen Meinung, zum Entwickeln von (Gegen-)argumenten zu motivieren.

Diese Publikation entstand mit freundlicher finanzieller Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Bestellhinweise

Die Hamburger Skripte können in gedruckter Form bezogen werden. Hierzu ist entweder eine Einzahlung auf unser Konto (Hamburger Volksbank – BLZ 20190003 – Kto. 88169707) oder die Einsendung von Briefmarken jeweils in Höhe des Einzelpreises zzgl. 1,45 € Porto an unsere Anschrift erforderlich. Außerdem können die Hamburger Skripte kostenfrei von unserer Website heruntergeladen werden.

Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg - Forum für Analyse, Kritik und Utopie e.V.

Zimmerpforte 8 | 20099 Hamburg | Telefon 040 - 29 88 24 35
info[at]rls-hamburg.de | www.rls-hamburg.de

Universalistischer Rassismus, getarnt als "Islamismuskritik"?

Linker Antirassismus und der Diskurs über „Islamophobie“¹

Seit Jahren stehen Islam und Islamismus bzw. „muslimische“ MigrantInnen in Europa im Mittelpunkt erregter öffentlicher Debatten: der Mord an Theo van Gogh oder „Ehrenmorde“ wie an Hatun Sürücü in Berlin, Karikaturenstreit, antisemitische und homophobe Übergriffe durch Jugendliche mit türkischem oder arabischen Hintergrund, schließlich die Auseinandersetzungen um Moscheebauten wie in Köln oder im Berliner Bezirk Pankow-Heinersdorf. Neben begründeter Kritik an den Ergebnissen islamistischer Indoktrination und der Verbreitung von Antisemitismus, Homophobie und patriarchaler Gewalt in der islamischen Alltagskultur werden solche Ereignisse von Politik und Medien regelmäßig auch genutzt, um spektakulär aufbereitete „Integrationsdebatten“ loszutreten, die von identitätsstiftenden Ab- und Ausgrenzungen mitgeprägt sind. Dabei ist dann viel vom Scheitern der Integration die Rede, weniger schon von Fehlern und Versäumnissen seitens Politik und Gesellschaft in den Aufnahmeländern. Spätestens nach dem Terror in London und Madrid sowie den versuchten Kofferbomben-Anschlägen in Deutschland ist zudem die Angst gewachsen, dass der islamistische Terror mit seinem Hass auf den Westen und die Juden auch zu Anschlägen auf Flughäfen, Bahnhöfe oder Einkaufszentren in deutschen Großstädten führen könnte – vorbereitet und durchgeführt von hier lebenden Muslimen. Im gesellschaftlichen Mainstream ist so durchaus eine Verschlechterung der Stimmung gegenüber MigrantInnen mit muslimischem Hintergrund zu beobachten. Das belegen jedenfalls empirische Studien wie die jüngst veröffentlichte Studie des Pew Research Center², welche 50 % der Landsleute negative Einstellungen gegenüber Muslimen attestiert; oder die jährlich unter dem Titel „Deutsche Zustände“ veröffentlichten Untersuchungen des Teams um den Soziologen Wilhelm Heitmeyer (Dass in diesen Studien der Rassismus

¹ Dieser Text ist die leicht überarbeitete Fassung des gleichnamigen Vortrages, den Udo Wolter auf unserer Veranstaltung am 4. Dezember 2008 in Hamburg hielt.

² Pew Research Center, Pew Global Attitudes Project, UNFAVORABLE VIEWS OF JEWS AND MUSLIMS ON THE INCREASE IN EUROPE, Washington, D.C., Sept. 2008.

gegenüber Menschen mit türkischem oder arabischen Migrationshintergrund vor allem unter dem Begriff der „Islamophobie“ abgehandelt wird, werde ich noch ausführlich problematisieren). Gleichzeitig werden staatlicherseits die als Problemgruppe erkannten Muslime gewissermaßen sozialpädagogisch-staatsbürgerlich bewirtschaftet, mit einer Mischung aus weiterem Ausbau repressiver Instrumentarien gegenüber MigrantInnen einerseits („Muslimtest“ etc.), und mediengerecht inszenierter Dialog-Institutionalisierung andererseits.

Gerade die Ausrichtung der Islamkonferenz von höchster Regierungsebene durch Schäuble zeigt aber auch, dass sich die von der CDU beschworene „christlich-abendländische Leitkultur“ mit dem Multikulturalismus durchaus verträgt. Während von christlichen Konservativen wortreich das „Ende des Multikulturalismus“ deklamiert wird, hat die große Koalition real die rot-grün angeschobenen Dialogprojekte mit den konservativ bis reaktionären Islamverbänden weiter ausgebaut. Dabei tauchten dann schon mal den Muslimbrüdern nahe stehende islamistische Funktionäre wie der Chef der ‚Islamischen Gemeinschaft‘, Ibrahim al Zayat, auf Schäubles Islamkonferenz auf.³ Islamkritische Akteure wie etwa Arzu Toker und Mina Ahadi vom „Zentralrat der Ex-Muslime“ kritisierten denn auch, „dass die Vertreter des deutschen Staates offensichtlich nichts besseres zu tun wissen, als die Islamisten zu organisieren, um sie so als Gesprächspartner an den Verhandlungstisch zu holen.“⁴

Wer sich scharf zu den Aktivitäten konservativer islamischer Verbände äußert, setzt sich jedoch schnell dem Vorwurf des Rassismus oder gar des Paktierens mit Rechtsradikalen aus. Das zeigte sich zuletzt bei den Mobilisierungen gegen den so genannten „Anti-Islamisierungskongress“ der Rechtspopulisten um die „Pro Köln“-Initiative. Bereits bei zahlreichen Vorbereitungsveranstaltungen war die Tendenz deutlich, die Rechtspopulisten – natürlich zurecht – als rassistische Demagogen zu verurteilen, die Islamismus und kritikwürdige Aspekte einer islamisch begründeten Alltagskultur nur als Vorwand für ihre in „christlich-abendländische Werte“ verpackte neurechte und ethnopluralistische Ideologie benutzen. Deutlich schwerer tat man sich jedoch dabei, gleichermaßen kritisch auch die reaktionäre Gemeinschaftsideologie zu thematisieren, welche nicht nur von Islamisten, sondern auch weiten Teilen des konservativen Verbandsislam propagiert wird und die den kulturalistischen Konzepten der Rechtspopulisten gar nicht so unähnlich ist. Spielte solche Kritik schon bei den inhaltlichen Aufrufen und Veranstaltungen im Vorfeld des Pro-Köln-Kongresses keine oder nur eine untergeordnete Rolle, so schien auf der Straße endgültig eine pro-islamische Volksfront unterwegs zu sein. Selbst Wilhelm Heitmeyer fühlte sich nach den Auseinandersetzungen um den Kongress genötigt, dessen Verhinderung als „Pyrrhussieg“ zu bezeichnen und insbesondere den „so genannten Autonomen“ zu bescheinigen, sie seien „bisher nicht dahingehend auffällig geworden, dass sie sich an den oft mühsamen kritischen Auseinandersetzungen zum Beispiel mit den intoleranten Seiten des Islam

³ FAZ, 08. Mai 2007.

⁴ „Beginn einer weltweiten Aufklärungsbewegung – Ein Gespräch mit Mina Ahadi und Arzu Toker vom Zentralrat der Ex-Muslime“, <http://hpd-online.de/>.

beteiligt hätten.⁵ Wie sich das darstellte, zeigt der folgende, von einem Augenzeugen auf seinem Weblog berichtete Vorfall bei einer kleineren Kundgebung am Rande der Kölner Ereignisse, auf der die Islamkritikerin Mina Ahadi auftrat:

Eine Gruppe junger Mädchen in Antifa-Outfits bleibt kurz stehen und verfolgt Mina Abadis Rede mit finsternen Mienen. Als Ahadi sagt: „Wir sind auch gegen den Bau von Moscheen, denn das sind keine Gebetshäuser, sondern Schulungszentren der Islamisten“, wird sie von den Mädchen ausgebuht und als „Rassistin“ beschimpft. „Ich komme aus dem Iran und bin vor dem Islam geflohen“, entgegnet sie den Aktivistinnen, doch die werden nur noch aggressiver. „Halt’s Maul“, brüllt eine von ihnen und präsentiert ein selbst gemaltes Schild, auf dem „Moschee olé!“ steht. Dann bewegt sich die Gruppe unter „Nazis raus“-Rufen Richtung Roncalliplatz, Mina Ahadi kann ihre Ausführungen fortsetzen.⁶

Das Beispiel wirft ein erstes Schlaglicht darauf, wie und warum im Zuge all dieser Entwicklungen auch der linke Antirassismus in den letzten Jahren in Verruf geraten ist. Antirassistische AktivistInnen und WissenschaftlerInnen haben in vermeintlicher Abwehr des „Feindbildes Islam“ eine oftmals verharmlosende, nicht selten sogar apologetische Position gegenüber Islamisten aller Couleur eingenommen. Zu oft haben sich zudem AntirassistInnen an der „antizionistischen“ Dämonisierung Israels als rassistischem Staat beteiligt, etwa bei den zahlreichen, oft im akademischen Feld organisierten anti-israelischen Boykott-Kampagnen. In der „globalisierungskritischen“ oder Antikriegs-Bewegung wie auch in Teilen der Linkspartei wird unter den Vorzeichen einer gemeinsamen Frontstellung gegen Israel und die USA teilweise der offene Schulterschluss mit Islamisten praktiziert. Das war etwa bei den Berliner Demonstrationen gegen den Libanon-Krieg 2006 zu beobachten, wo auch einige Politikerinnen und Politiker der Linkspartei nicht davor zurückschreckten, zusammen mit „Tod Israel“ skandierenden Blocks von Hisbollah-Fans zu marschieren und die frühere Linksruck-Aktivistin und jetzige Linkspartei-Vorständlerin Christine Buchholz die angebliche „Dämonisierung“ der Hisbollah als „rassistisch“ abkanzelte. Ähnliches wiederholte sich zum Jahreswechsel 2008/2009 anlässlich des Vorgehens der israelischen Armee gegen die Hamas in Gaza. Für Norman Paech, den außenpolitischen Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, „wächst angesichts eines militärisch hochgerüsteten, über Atomwaffen verfügenden und zudem die Resolutionen der UNO permanent missachtenden Israel ein islamischer Fundamentalismus heran, der in seiner politischen wie militärischen Ohnmacht dann zur Gewalt aus Verzweiflung greift.“⁷ Allein Israel soll demnach wohl verantwortlich für islamistischen Terror sein, und nicht etwa die ideologische Indokt-

⁵ W. Heitmeyer, Der Pyrrhussieg von Köln, SZ 21.10.2008.

⁶ Lizas Welt (<http://www.lizaswelt.net/>), 22.9.08, Volksfrontspektakel am Rhein. Vgl. dazu auch den Bericht von Klaus Bleses im „newsletter der Aktion 3.Welt Saar“ (Nr. 5 / 2. Oktober 2008), wo dieser von Pöbeleien berichtet, als er in Köln eine islamismuskritische Flugschrift der Aktion 3.Welt Saar verteilte.

⁷ Norman Paech: Die Vorposten-Ideologie, in: junge Welt, 31. Juli 2008. Am 02. Januar 2009 wiederholte Paech diese Formel bei einer antiisraelischen Kundgebung, dabei vor einer Hamas-Fahne stehend; vgl. dazu und zu weiteren Auftritten von PolitikerInnen der Linkspartei die Presseerklärung des BAK Shalom der Linksjugend [solid] vom 04.01.2009.

mination der Islamisten, deren Vordenker im Übrigen ihre antiwestlichen und antisemitischen Doktrinen teils bereits entwarfen, als es noch gar keinen Staat Israel gab.

Wenn ich im Folgenden den Umgang vieler AntirassistInnen mit der Problematik von Islamismus und autoritären Aspekten des Alltagsislam sowie der gesellschaftlichen Reaktion darauf kritisiere, so zielt dies nicht auf pauschale Denunzierung „des“ Antirassismus, den gibt es genauso wenig wie „die“ Linke. Es geht um die Kritik spezifischer Ideologiebildung bei sich auf unterschiedliche Weise „antirassistisch“ verstehenden Akteuren – und die wird im Folgenden im Mittelpunkt stehen. Antirassistische Interventionen sind aber zugleich immer noch unabdingbarer Bestandteil jeder emanzipatorischen Gesellschaftskritik und Praxis, da die gesellschaftlichen Verhältnisse von zahllosen Formen rassistischer Ausgrenzung und Gewalt durchzogen sind.

Natürlich werden daher auch pseudo-religionskritische Argumente gegen „den Islam“ bemüht, um MigrantInnen aus entsprechenden Ländern als angeblich kulturell unverträgliche Andere zu markieren und auszugrenzen. Wohlbegründete Kritik an islamisch begründeten Praktiken, die mit Demokratie und Menschenrechten nicht vereinbar sind, verschwimmt so häufig mit Ressentiment. Um sich davon zu überzeugen, genügt bereits ein Blick auf die Leserkommentare zu x-beliebigen Artikeln über „muslimische“ Themen in den Online-Ausgaben der Presse. Es ist auch nicht falsch, darauf hinzuweisen, dass mit kulturalistischen Pauschalzuweisungen an angeblich zivilisatorisch defizitäre Migrantinnen zugleich eine identitäre Aufwertung der deutschen Mehrheitsgesellschaft und ihrer angeblich so aufgeklärten „Leitkultur“ stattfindet, über die „einheimische“ Probleme etwa mit Homophobie und Antisemitismus entthematisiert zu werden drohen.⁸

Doch viele antirassistische Linke, auch solche, die mit den erwähnten antiimperialistischen Allianzen mit Islamisten nichts zu tun haben wollen, ziehen daraus die völlig falsche Konsequenz, über islamisch codierte Gewaltverhältnisse und den Islamismus lieber zu schweigen - aus Angst, der Ausgrenzung von MigrantInnen qua ihrer muslimischen Religionszugehörigkeit und damit Rassismus Vorschub zu leisten. Statt von einer antirassistischen Position aus den Unterschied zwischen der Diskriminierung von MigrantInnen mit muslimischem Hintergrund einerseits und der andererseits dringend notwendigen Kritik des Islamismus in all seinen Formen und auch der negativen Aspekte in der davon kaum zu trennenden islamischen Alltagskultur klarzustellen, wird letzteres beschwichtigt oder beschwiegen.

Ich werde mich daher im Folgenden nicht so sehr auf den von krudem Antiimperialismus geprägten Antirassismus konzentrieren, sondern auch elaboriertere, vor allem durch den Postkolonialismus informierte Varianten antirassistischer Positionen kritisch zu beleuchten versuchen. Gerade wenn es tatsächlich so ist, dass der mediale und politische Mainstream

⁸ Vgl. Phase 2 Leipzig: Zwang und Integration. In den gegenwärtigen Integrationsdebatten werden MigrantInnen nicht als politische Subjekte behandelt sondern immer nur als RepräsentantInnen „ihrer“ Kultur, in: Phase 2, 20, Juni 2006, S.28-33.

Kritik am Islamismus zur Camouflage rassistischer bzw. ‚orientalistischer‘ Diskurse benutzt, wie es dort meist heißt, sollten AntirassistInnen diesem Mainstream nicht die Kritik des Jihadismus und einer reaktionären Islamisierungspolitik in migrantischen Milieus überlassen.

Ressentiment gegen universalistische Kritik als Antirassismus

Dieses massive Ausblenden hat einiges mit der in der Linken vorherrschenden Rezeption von Rassismustheorien zu tun. Die so genannte Islamophobie wird oft als dominierendes Element eines „universalistischen Rassismus“ gesehen, der sich über die eigene Selbstinszenierung als aufgeklärte, Menschenrechten, Geschlechtergleichheit und liberalem Pluralismus verpflichtete Demokratie gegenüber den „unzivilisierten“ (türkischen, migrantischen) Anderen abgrenzt - etwa indem er sie unter einen pauschalen Islamismusverdacht stellt.

Die Frage nach einem „universalistischen Rassismus“ im Unterschied zu einem offen partikularistischen, der platt chauvinistisch die Überlegenheit der eigenen Kultur oder Rasse behauptet, ist allerdings schon vom Ansatz her falsch gestellt. Denn beides ist in jeder Artikulation moderner Identität unter den Bedingungen der über Ware und Wert strukturierten kapitalistischen Vergesellschaftung notwendig vorhanden, sei diese nun national, kulturell oder religiös begründet. Auch die Behauptung einer universalistisch begründeten Identität lässt sich unter dieser Voraussetzung nur durch Ausschluss eines konstitutiven Außen in Gestalt eines abzugrenzenden Anderen herstellen, das entweder kulturell oder biologisch definiert wird. Das ist die notwendige Konsequenz der nationalstaatlichen Herstellung der „Einheit und Gleichheit der Staatsbürger und Warenbesitzer. (...) Sie können sich nur als Gleiche anerkennen, wenn sie sich von Ungleichen abgrenzen,“ wie etwa Gerhard Scheit formuliert.⁹ Eine bittere Konsequenz daraus ist gemäß einem berühmten Diktum aus der „Dialektik der Aufklärung“ die „Entfaltung der Gleichheit des Rechts zum Unrecht durch die Gleichen“.¹⁰

In der neueren Rassismustheorie führte das zu einem Streit um Universalismus und Partikularismus.¹¹ Als Hintergrund dieser Entwicklung lässt sich mit Detlev Claussen der „kulturalistische Triumphmarsch der Postmoderne durch die Geisteswissenschaften und die Massenmedien“ ausmachen, welcher in der „Etablierung eines allgegenwärtigen Identitätsschemas gipfelte.“¹² Die poststrukturalistisch inspirierte Rassismustheorie landet meist bei

⁹ Gerhard Scheit, *Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt*, Freiburg i.Br. 2004, S. 212.

¹⁰ Horkheimer/Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, S. 19.

¹¹ Wer sich davon ein Bild machen will, lese etwa die Beiträge in dem bekannten rassismustheoretischen Sammelband von Uli Bielefeld (Hg.), *Das eigene und das Fremde – Neuer Rassismus in der alten Welt?*, Hamburg 1992 (inzwischen neu aufgelegt), dort insbesondere Balibar und Taguieff.

¹² Claussen, Claussen, Detlev: *Globale Gleichzeitigkeit – Gesellschaftliche Differenz*, in: Ders.; Negt, Oskar; Werz, Michael (Hg.): *Veränderte Weltbilder. Hannoversche Schriften 6*. Frankfurt a. M. 2005, S. 13 u. 15.

der einen oder anderen Version der hier von dem bekannten Postmarxisten Ernesto Laclau zitierten Behauptung, dass „der europäische Universalismus seine Identität (...) durch die Universalisierung seines eigenen Partikularismus gewonnen“ habe.¹³ (Aufklärung nur verweltlichtes Christentum, V. Braun/Mathes) Der Universalismus der Aufklärung ist so unter den Generalverdacht des Eurozentrismus und der Komplizenschaft mit westlicher Hege- monie geraten.

Darüber mündet auch der Dekonstruktivismus oft in eine kulturellrelativistische Haltung gegenüber den „lokalen Kulturen“. Judith Butler etwa behauptete in einem im Jahr 2000, also vor 9/11, publizierten Aufsatz, „dass es jenseits einer kulturellen Norm keine Behauptung von Universalität geben kann. (...) Ohne Übersetzung kann der Universalitätsanspruch eine Grenze nur durch eine koloniale und expansionistische Logik überwinden.“ Aus dieser Feststellung leitete sie gleich den Vorwurf ab, westliche Feministinnen agiert(en) „in Komplizenschaft mit den kolonialen Zielen der USA (...), indem die eigenen kulturellen Normen durchgesetzt und lokale Kulturen in der Zweiten und Dritten Welt entwertet und ausgelöscht werden.“¹⁴ Auf solche Vorwürfe postmoderner westlicher FeministInnen gegen universalistisch orientierte Feministinnen im Namen eines postkolonialen Antiras- sismus werde ich noch ausführlich zurückkommen. In dem ähnlich ausgerichteten Buch „Verschleierte Wirklichkeit“ der deutschen Kulturwissenschaftlerinnen Christina von Braun und Bettina Matthes geht dieser Kulturellrelativismus so weit, dass die Autorinnen ernsthaft suggerieren, dass Islam und Westen „zwei unterschiedlichen Formen von ‚Rationalität‘“ folgen.¹⁵

In die Agenda linker Realpolitik mündeten kulturellrelativistische Haltungen in Form einer multikulturalistischen „Politik der Differenz“, die bezüglich der Partizipation ethnisch- kulturell oder religiös definierter Minderheiten teilweise offen die Relativierung von allge- meinen Grund- und Freiheitsrechten zugunsten von kulturspezifischen Gruppenrechten propagiert.

Zwar distanzieren sich ebenso wie der vorhin zitierte Laclau die meisten avancierteren Rassismustheoretiker von plumpem Multikulturalismus oder gar der identitätspolitischen Feier des Partikularismus im Namen ethnischer oder kultureller Ursprünge. Allerdings wird auch in postkolonialistisch orientierten Rassismustheorien an Identitätspolitiken festgehal- ten, die zwar Differenz unter dem Banner des Unreinen, Vermischten und „Hybriden“ buchstabieren, aber letztlich doch wieder bei einer emphatisch besetzten Position des „An- deren“ landen und die Inanspruchnahme kollektiver Diskurse und Identitäten durch „sub-

¹³ Ernesto Laclau, Emanzipation und Differenz, Wien 2002, S. 50.

¹⁴ Auszug aus ihrem Essay "Restaging the Universal: Hegemony and the Limits of Formalism", in: Judith Butler /Ernesto Laclau/Slavoj Zizek, Contingency, Hegemony, Universality: Contemporary Dialogues on the Left, London / New York: Verso 2000. Quelle: Subtropen #6/10, Supplement in Jungle World Nr. 41/2001.

¹⁵ Christina von Braun, Bettina Matthes: Verschleierte Wirklichkeit. Die Frau, der Islam und der Westen, Aufbau Verlag, Berlin 2007, S. 370.

alterne Subjekte“ postulieren („*strategischer Essentialismus*“ der *postkolonialen Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak*)¹⁶. Das wiederum ist aber offensichtlich nur unter Verzicht auf eine kritische Befragung solcher Bewegungspolitik auf ihre materiellen Voraussetzungen und ideologischen Konsequenzen zu haben. Die Problematik solch postkolonialistischer Identitätspolitik zeigt sich am deutlichsten, wenn zwar einerseits „die Zwangsvergemeinschaftung von Individuen in Ethnien und Nationen“ (Kien Nghi Ha)¹⁷ abgelehnt wird, aber genau diese Politik der Zwangsvergemeinschaftung beim Islamismus nicht kritisch thematisiert wird.

Wenn zudem „Kollektivrechte für MigrantInnen“ gefordert werden,¹⁸ wird dadurch die Ablehnung aller Formen von Zwangsvergemeinschaftung direkt konterkariert. Denn auch erweiterte Rechte für MigrantInnen können diesen genauso wie alle staatsbürgerlichen Rechte oder die Menschenrechte sinnvoll nur als Individuen zukommen. „Kollektivrechte“ dagegen setzen die Zwangskollektivierung zu Ethnien, Kulturen oder Religionsgemeinschaften bereits voraus.

Auch das hängt mit der Subjektkonstituierung unter kapitalistischen Verhältnissen zusammen, unter denen sich diese Subjekte auf dem Markt als konkurrierende Warenbesitzer gegenüber treten. Damit diese Begegnung nicht in Raub und Totschlag endet, müssen sie sich als Freie und Gleiche anerkennen, der moderne Staat garantiert mit seinem Gewaltmonopol diese Anerkennung. Dazu müssen die individuellen Warensubjekte mit Rechten ausgestattet werden, die sie ihrerseits auch vor Übergriffen seitens eines Staates schützen, der das Gewaltmonopol missbraucht und autoritär mit totalitärem Machtanspruch auftritt. Soweit grob vereinfacht die Theorie bürgerlich-kapitalistischer Verkehrsformen und der darin begründeten Menschenrechte. Marx merkte dazu ironisch an, „die Sphäre der Zirkulation oder des Warentausches (...) war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was hier allein herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham.“¹⁹ Eigentum und Bentham, der Nützlichkeitsphilosoph und Verkünder der rücksichtslosen Verfolgung der instrumentellen Vernunft, anstelle der Brüderlichkeit aus der Losung der französischen Revolution, das war Marxens ideologiekritischer Stachel gegen die liberalen Theorien angesichts der realen Gewaltverhältnisse unter den Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung.

¹⁶ So auch Kien Nghi Ha, *Ethnizität, Differenz und Hybridität in der Migration: Eine postkoloniale Perspektive*, in: PROKLA 120, 2000, S. 389. Vgl. dazu Claussen, a.a.O., S. 22: „Die aufgeklärteren Multikulturalisten haben längst die naiven Reinheitsvorstellungen von Herkunft hinter sich gelassen und sind auf Hybridformen gestoßen. Aber die Entdeckung des Hybriden hat nicht dazu geführt, die Kategorie der Identität fallen zu lassen. Im Gegenteil, es ist der Versuch, sie gegen den Augenschein einer unablässig Nichtidentisches produzierenden Gesellschaft zu retten.“

¹⁷ Ebd., S. 395.

¹⁸ Manuela Bojadzijev, Serhat Karakayali, Vassilis Tsianos, *Papers and roses - Die Autonomie der Migration und der Kampf um Rechte*, einzusehen unter: www-kanak-attak.de.

¹⁹ MEW, Bd. 23, S. 189.

Realiter garantiert und reproduziert der moderne Staat natürlich diese Gewaltverhältnisse und schloss bzw. schließt dabei mit Notwendigkeit immer wieder neue Gruppen von den allgemeinen Bürger- und Menschenrechten aus. Dieser Ausschluss folgte regelmäßig kolonialistischen und rassistischen Logiken, von der transatlantischen Sklaverei bis zur heutigen Entrechtung illegaler MigrantInnen – ebenso geschlechtlichen Logiken. Auch daraus wurde in der Linken häufig der falsche Schluss gezogen, den universellen Anspruch der Menschenrechte als imperialistischen „westlichen“ Herrschaftsanspruch zu denunzieren. Doch die Menschenrechte können sich nur universell auf ein abstraktes Individuum beziehen, eben weil sie aus der Durchsetzung von gesellschaftlichen Verhältnissen geboren wurden, die auf den abstrakten Formen von Ware und Wert und der anonym vermittelten Herrschaft des Kapitalverhältnisses beruhen. Genau das aber ermöglicht zugleich auch eine emanzipatorische Inanspruchnahme dieser Rechte durch jedes menschliche Wesen im Kampf gegen jede Form von Herrschaft und Unterdrückung an jedem Ort dieser Welt – also universell. Dies gilt umso mehr unter den heutigen Bedingungen einer endgültig global gewordenen kapitalistischen Vergesellschaftung, die sich buchstäblich bis in die letzten Ritzen des Planeten ausgebreitet hat. Die Universalität der Menschenrechte ist kein imperiales Hirngespinnst toter weißer Männer, sondern resultiert aus den materiellen Konsequenzen des Kapitalverhältnisses, dass sich, einmal in die Welt gesetzt, seiner eigenen Logik nach über die Herstellung eines Weltmarktes zum „Weltsystem“ (Wallerstein) entfaltet und alle vorgefundenen gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse durchdringt und transformiert.

Vor diesem Hintergrund sind die Menschenrechte auch aus einer kritischen materialistischen Perspektive mit gutem Grund jedem einzelnen Menschen zustehende Individualrechte, auf die sich keine kulturellen Kollektive, schon gar nicht imaginäre Großgruppen wie weltweite Religionsgemeinschaften berufen können. Denn diese üben ihrerseits oft als Zwangsgemeinschaften in menschenrechtsverletzender Weise Herrschaft über die von ihnen beanspruchten Zugehörigen aus – nicht nur die in vielen islamischen Ländern gültige Scharia-Gesetzgebung liefert dafür so gut wie täglich Beispiele.

Doch diese Auffassung wurde bereits bei den Debatten um die Verabschiedung der Allgemeinen Menschenrechtserklärung durch die UNO vor genau 60 Jahren seitens eines anticolonial gestimmten Kulturrelativismus als „westliches Konstrukt“ denunziert. Zur Abhilfe forderten die Kulturrelativistinnen bereits damals für den Menschenrechtskatalog die Einbettung der „westlichen“ Individualrechte in das Recht traditioneller Gruppen, gemäß ihrer eigenen kulturellen Normen zu leben.²⁰ Unter den Auspizien postmoderner Theorien und vor allem im Zuge der Entwicklungen nach dem 11. September hat sich das kulturrelativistische Menschenrechtsverständnis auf breiter Front durchgesetzt. Dies hat es auch den „die Freiheit einschränkenden Staaten“ leicht gemacht, „die UNO in Richtung einer differenzialistischen Sichtweise der Menschenrechte zu drängen“, kritisierte etwa die französische

²⁰ Vgl. dazu Imke Leicht, *Kulturrelativistische Ansätze im Multikulturalismus*, unveröffentl. Magisterarbeit, Berlin 2008.

Autorin Caroline Fourest im April in „Le Monde“. Der falsch verstandene Antirassismus, welcher aus den kolonialistischen Verbrechen der europäischen Vergangenheit vor allem den Schluss gezogen hat, Kultur und religiöse Gebräuche des „Anderen“ mit einer mystifizierenden Aura der Unantastbarkeit zu umgeben, hat diese fatale Tendenz noch verstärkt. Das hat einen Ausfall der Abwehrkräfte gegenüber den neuen Gefahren totaler Herrschaft befördert, wie sie heute vor allem vom Islamismus repräsentiert werden.

Aktuell zeigt sich dies an Besorgnis erregenden Bestrebungen im UN-Menschenrechts-rat (UNHRC), dort jegliche kritische Diskussion über Religionen und insbesondere den Islam zu tabuisieren. Diese Bestrebungen werden von den Ländern der 57 Staaten um-fassenden OIC (Organisation der islamischen Konferenz) vorangetrieben, die mit 17 Sitzen ein Drittel der Stimmen im UNHRC innehaben. Mitgetragen werden sie von meist autoritär regierten Staaten, darunter China, Russland und Kuba - und natürlich auch vom päpstlichen Beobachter beim Menschenrechtsrat. Die Vertreter der OIC und ihre Unterstützer haben im UN-Menschenrechtsrat eine ganze Reihe von Resolutionen wie etwa die zur „Bekämpfung der Diffamierung von Religionen“ durchgesetzt, die konkret einzig den Islam erwähnt und in der die „Islamophobie“ als besonders bekämpfungswertes Übel hervorgehoben wird. Der politische Kampfbegriff der Islamophobie wird in einer anderen UNHRC-Erklärung dieses Jahres durch die seltsame Aufzählung „anti-Semitism, Christianophobia, Islamophobia“ dem Antisemitismus gleichgestellt, der hier aber offenbar auf den Aspekt der religiösen Diskriminierung verkürzt und so relativiert wird. Schließlich gipfelte dies in einer skandalösen Klausel der Resolution „Mandat des Sonderberichterstatters zur Beförderung und des Schutzes der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit“, welche von diesem fordert, „über Fälle zu berichten, in denen der Missbrauch der Meinungsfreiheit den Tatbestand der rassistischen oder religiösen Diskriminierung erfüllt.“ Die Meinungsfreiheit soll also durch die Verfolgung ihres „Missbrauchs“ geschützt werden, wobei gleich noch Religionskritik mit Rassismus gleichgesetzt wird. Völlig zu Recht rief diese Resolution eine scharfe Protestnote des Welt-Zeitungsverbandes (WAN) und des Welt-Verleger-Forums (WEF) hervor, die Anfang Juni in einer gemeinsamen Erklärung die „wiederholten Versuche des UNHCR verurteilen, die Meinungsfreiheit im Namen des Schutzes religiöser Gefühle zu unterminieren.“ Die ganze Dimension dieser schleichenden Islamisierung der Menschenrechte im UNHRC läuft auf die Verkehrung von Grundgehalten der vor 60 durch die UNO verabschiedeten Allgemeinen Menschenrechtserklärung in ihr Gegenteil hinaus.

Auch die Vordenker der europäischen Islamisten haben sich die kulturellrelativistische Verkehrung des Menschenrechtsgedankens zunutze gemacht und setzen deshalb bei der von ihnen angestrebten Islamisierung der migrantisch-muslimischen „Communities“ ebenfalls auf kulturelle Kollektivrechte, wobei sie sich geschickt der angesprochenen rassismustheoretischen Argumentationsweisen zu bedienen wissen. Etwa bei der Frage des „Rechtes auf das Kopftuch“ und durch einen strategischen Einsatz des Islamophobie-Vorwurfes. Besonderes Geschick hat darin der bekannte Euro-Islamist Tariq Ramadan entwickelt, der mit seiner am postkolonialistischen Diskurs angelehnten Argumentation besonders bei Globali-

sierungskritikern anzudocken weiß und entsprechend regelmäßiger und gern gesehener Gast auf europäischen Sozialforen und ähnlichen linken Events ist.²¹ Auf einer Tagung zum Thema Werte und Recht im Jahr 2007 benutzte er den Vorwurf einer derzeit grassierenden "Islamophobie" in Europa, um zu fordern, dass die Rechtsordnung gegenüber Muslimen „flexibel gehandhabt“ werde.²² Darin trifft er sich mit zahlreichen Linken. So forderte der linke Kulturwissenschaftler Werner Schifffauer auf einer Berliner Mobilisierungsveranstaltung gegen den Kölner Anti-Islamkongress Ende August allen Ernstes, wenn muslimische Eltern ihre Kinder nicht zum gemeinsamen Sport- oder Schwimmunterricht schicken wollten, so solle man halt an Schulen mit hohem muslimischen Schüleranteil segregierten Sportunterricht einführen.

Der Diskurs über Islamophobie

Angesichts der geschilderten Entwicklungen erscheint es mir dringend notwendig, ein kritisches Verhältnis zu Karriere und Gebrauch des schon mehrfach gefallenen Begriffes der „Islamophobie“ (und seiner Synonyme wie „Feindbild Islam“) zu entwickeln. Dieser Begriff ist auch hierzulande seit einigen Jahren auf dem Vormarsch. Wissenschaftliche Untersuchungen wie die Heitmeyer-Studien über „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ benutzen ihn ebenso selbstverständlich wie wohlmeinende Politikerinnen und Politikern oder Kulturschaffende. Seit langem ist dieser Begriff aber ebenso umstritten. Viele Linke sehen darin die derzeit dominante Ideologie gesellschaftlicher Ausgrenzung, welche sich vor allem gegen MigrantInnen mit muslimischem Hintergrund richte und weltweit im „War on Terror“ Kriege gegen Länder wie Afghanistan und den Irak legitimiere. Genau in dieser Wahrnehmung liegt aber für die Kritikerinnen und Kritiker des Begriffes das Problem. Islamophobie ist aus dieser Perspektive selbst ein ideologisches Phantom, das beschworen wird um die Gefahren des Islamismus kulturell relativistisch bis apologetisch zu beschwichtigen und nicht über Antisemitismus und Frauenunterdrückung in so genannten „muslimischen Communities“ reden zu müssen.

Dabei ist bereits die Herkunft des Begriffes Islamophobie durchaus zweifelhaft. Der Begriff wurde in Europa zuerst in Großbritannien im Zuge der Rushdie-Affäre in den 80er Jahren von islamischen bzw. islamistischen Gruppen aufgegriffen²³ und letztlich für alles benutzt, was deren Moralvorstellungen zuwiderläuft – also Homosexualität, Ehebruch und vor allem Blasphemie, deren sich eben Salman Rushdie mit seinem Roman „Die satanischen Verse“ schuldig gemacht habe, und dadurch zum „islamophoben“ Täter geworden sei. Bereits an dieser Quelle des Diskurses über Islamophobie zeigt sich, wie über diesen Begriff eine

²¹ Vgl. zu Tariq Ramadan etwa Ralph Ghadban, Tariq Ramadan und die Islamisierung Europas, Berlin 2006.

²² Wert Urteile - Judging Values / International Congress on Justice and Human Values in Europe / Karlsruhe 2007 Karlsruhe (ots), <http://presseportal.de/story.htm?firmid=66483>.

²³ Islamophobie? Über die Karriere eines Begriffs..., in: Jungle World Nummer 51 vom 10.12.2003.

Verkehrung von Täter und Opfer vollzogen wurde: nicht der durch islamistische Mordaufrufe bedrohte Schriftsteller Salman Rushdie erschien so als Opfer, sondern die durch seinen satirisch-religionskritischen Roman in ihrem Selbstwertgefühl und ihrer moralischen Identität verletzte „muslimische Gemeinschaft“. In diesem Sinne benutzt wurde der Islamophobievorwurf unter anderem von der ebenfalls in dieser Zeit gegründeten Islamic Human Rights Commission (IHRC). Der Begriff war somit von Anfang an alles andere als „neutral“ im Sinne einer rein deskriptiven Benennung eines gesellschaftlichen Ausgrenzungspänomens.

Seit damals wurde der Begriff Islamophobie dennoch zunehmend auch von multikulturalistischen und linken SozialwissenschaftlerInnen oder AktivistInnen benutzt. Das ging mit der bereits beschriebenen allgemeineren Umorientierung in der Linken einher, durch die universell begründbare Paradigmen der Gesellschaftskritik immer mehr zugunsten kulturellrelativistischer Argumentationen verdrängt wurden. Neben ethnisch-kulturellen rückten dabei immer stärker religiös definierte, komunitäre Identitätskonzepte in den Vordergrund. Detlev Claussen kritisiert auch diese Entwicklung sehr zutreffend. Identität wurde demnach zu einer „Worthülse, in die Bedürfnisse nach Anspruch auf Unversehrtheit, Einheit und Sinn sich projizieren lassen. (...) Die Sozialwissenschaften haben in den vergangenen dreißig Jahren viel dazu beigetragen, Kategorien wie ‚Identität‘ öffentlich zu etablieren und nicht ihren fragwürdigen Gebrauch und Nutzen zu kritisieren. (...) Die Diversifizierung der fortgeschrittenen Industriegesellschaften ließ sich mit ihr ebenso beschreiben wie die transnationalen Ansprüche islamistischer Gruppen.“²⁴ Letzteres geschah eben bei der Einführung des Islamophobie-Begriffes im Rahmen der Rushdie-Affäre: Das Autodafé gegen den religionskritischen Schriftsteller wurde nicht nur von islamistischen Propagandisten, sondern auch von postkolonialistisch orientierten Sozialwissenschaftlern wie Tariq Modood²⁵ als Gründungsakt muslimischer Identitätspolitik in Großbritannien und der gesamten europäischen Diaspora begriffen.

Im Zuge dieser Entwicklung sickerte dann der Islamophobie-Begriff in das Vokabular sowohl antirassistisch arbeitender NGO's als auch staatlicher Kommissionen ein. Ihre offiziellen wissenschaftlichen Weihen erhielt die Islamophobie 1996 mit der durch den „Runnymede Trust“ gegründeten „Commission on British Muslims and Islamophobia“ (Kommission für britische Muslime und Islamophobie)²⁶, deren erster Bericht „Islamophobia: a challenge for us all“ 1997 vom damaligen Innenminister Jack Straw im Unterhaus präsentiert wurde. Mittlerweile hat die Kommission zwei Folgeberichte publiziert und die Wahrnehmung von Islamophobie als einem der drängendsten Probleme unserer Zeit ist zum festen Bestandteil der Agenda nationaler wie internationaler Institutionen und Gre-

²⁴ Claussen, a.a.O., S. 16f.

²⁵ Tariq Modood, 2007, Multiculturalism, citizenship and national identity, S. 3 (<http://www.opendemocracy.net/node/4627/pdf>), vgl. Ders. 1993, 2003.

²⁶ Im Internet: <http://www.insted.co.uk/islam.html>, dort stehen auch die im Folgenden erwähnten Reports zum download zur Verfügung.

mien avanciert. Darauf berufen sich dann Leute wie der Generalsekretär der vorhin wegen ihrer Islamisierungspolitik der Menschenrechte kritisierten Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), Eklemeddin İhsanoğlu: „Westliche Institutionen sagen übereinstimmend, dass das Phänomen der Islamophobie schlimmer ist als rassische Diskriminierung“ erzählte er kürzlich der türkischen Zeitung Today's Zaman.²⁷

Islamophobie als Über-Rassismus

So vollzieht sich auch eine tendenzielle Ersetzung des Rassismusbegriffes durch den der „Islamophobie“. Im Diskurs über Islamophobie wird nämlich häufig eine Art Umkehrung vollzogen, bei der diese zu einer Art alles überwölbendem Generalfeindbild wird, unter das Aspekte des Rassismus wie kulturalistische Zuschreibungen subsumiert werden. Das lässt sich gut an einem kürzlich in der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Zeitschrift „Utopie kreativ“ veröffentlichten Aufsatz zeigen.²⁸ Die Autorin Astrid Bötticher wählt dabei als Ausgangspunkt einen „Vergleich der Grundkonzeptionen“ von „Islamophobie und Antisemitismus“. Sie schreibt, natürlich nicht behaupten zu wollen dass beide „das gleiche sind, wohl aber, dass sie in ähnlicher Weise funktionieren.“ Auf die Fragwürdigkeit dieser ‚Vergleicherei‘ komme ich gleich noch zurück. Zunächst geht es mir darum, dass der Antisemitismus-Vergleich offenbar gewählt wird, um die Islamophobie vom gewöhnlichen Rassismus abzuheben und als soziale Feinderklärung sui generis zu charakterisieren (*„Feindkreation als etwas, dem alle Negativitäten des Lebens zugeschrieben werden können“*). Das versucht sie am empirischen Material diverser Postings von Leserinnen und Lesern des berüchtigten Weblogs „Politically Incorrect“ zu belegen. Tatsächlich kommt dabei jedoch heraus, dass sich auf diesem Internetforum jede Menge Rechtspopulisten, christlich-fundamentalistische Spinner und der radikalen neuen Rechten zuordenbare Leute mit kulturrassistischen bis offen völkischem Vokabular herumtreiben, die sich dort in ihrem Hass auf Muslime und Migrant*innen im allgemeinen treffen. Statt aber nun zu konzedieren, dass sich hier alle altbekannten rassistischen Ressentiments und neurechte Ideologieversatzstücke an einem gar nicht mal so neuen Objekt austoben, macht die Autorin konsequent aus jedem einzelnen ihrer Befunde einen Unteraspekt des Generalphänomens „Islamophobie“. Sie schreibt zum Beispiel, „die kulturelle Islamophobie behauptet, Moslems seien in verstärktem Maße kriminell. Dazu werden fast minutiös Vergehen von ausländischen Jugendlichen und Erwachsenen aufgelistet.“ Dass es sich dabei genau umgekehrt lediglich um die alte Mär vom kriminellen Ausländer in antimuslimischer Verpackung handelt, kommt ihr nicht in den Sinn.

²⁷ „We believe that incitement to religious hatred is a new form of racism. Western institutions dealing with Islamophobia are unanimous in saying that the phenomenon of Islamophobia is worse than racial discrimination.“ Today's Zaman, 30.10.2008, <http://www.todayzaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=157342&bolum=102>.

²⁸ Astrid Bötticher: Islamophobie und Antisemitismus. Ein Vergleich der Grundkonzeptionen, Utopie kreativ 217, S. 1007-1015.

Wie bereits erwähnt belegen empirische Untersuchungen wie die des Teams um Wilhelm Heitmeyer durchaus einen Anstieg von Ressentiments gegenüber Muslimen. Doch so gut wie alle diese Untersuchungen zeigen, dass diese eingebettet sind in ein weit größeres Ausmaß von allgemein xenophoben Ressentiments, sowie wachsender Zustimmung zu autoritären und rechtspopulistischen „Lösungen“ nicht nur im Bereich migrationspolitischer Fragen.²⁹ Das antimuslimische Ticket ist eben nur eines aus einem ganzen Arsenal rassistischer Codes, das konjunkturrell in den Vordergrund tritt. Behauptungen einer grassierenden und alle gesellschaftlichen Auseinandersetzungen von der Zuwanderung bis zur Außenpolitik bestimmenden „Islamophobie“ gehören jedoch ins Reich der Ideologie verwiesen. Umso mehr, weil es sich dabei zudem noch um die Übernahme eines von Islamisten zur Abwehr jeder Kritik an ihrer Ideologie geprägten Kampfbegriffes handelt.

Der selbst lange Zeit antirassistisch aktive indisch-britische Autor Kenan Malik schreibt daher: „Das Problem mit der Islamophobie ist, dass der Begriff an sich schon irrational ist. Er vermengt den Hass auf Muslime und ihre Diskriminierung einerseits mit einer Kritik des Islams andererseits. Statt Rassismus kenntlich zu machen, dient der Vorwurf der Islamophobie allzu oft dem Zweck, Kritik zum Schweigen zu bringen.“³⁰ Dafür ließen sich allerdings jede Menge Beispiele anführen.

Auch Malik bestreitet keineswegs, dass es eine Zunahme von Feindseligkeiten gegenüber Muslimen gebe, hält aber auch fest: „Muslimische Führer konsolidieren durch das Aufbauen der Bedrohung ihre Machtbasis, sowohl innerhalb der Gemeinden als auch im weiteren gesellschaftlichen Umfeld.“ Und er weist auch darauf hin, wie sich das mit antisemitischen Verschwörungstheorien verbindet. Dass dieser Hinweis nur zu berechtigt ist, zeigt sich allerdings massiv an der Benutzung des Islamophobie-Vorwurfes durch diverse islamische und islamistische Organisationen, die diesen mit besonderer Vorliebe gegen angebliche „Zionisten“ richten.³¹

Antisemitismus gegen Muslime?

Es ist daher besonders zu kritisieren, dass bei der Beschwörung der „Islamophobie“ immer wieder Vergleiche mit dem Antisemitismus herangezogen werden, ebenso zu kritisieren ist das Verhältnis antirassistischer Positionen zum islamistischen Antisemitismus. In den letz-

²⁹ Immer mehr Deutsche haben Angst vor Muslimen, in: Die Welt, 14.12.2006; vgl. die Präsentationen auf der Seite des Heitmeyer-Teams: <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Einfuehrung.html>.

³⁰ Kenan Malik, Mythos Islamophobie, in: the planet Mai 2005 (Supplement zur «Jungle World» Nr. 18, 4.5.2005), S. 6-7.

³¹ So wimmelt es auf der Website des britischen „Muslim Public Affairs Committee“ (<http://www.mpacuk.org/>) nur so von Beschuldigungen antimuslimischer Machenschaften, deren Urheber in allen erdenklichen Kombinationen der Begriffe „Zionist“ und „Islamophob“ ausgemacht werden, oder als „Islamophobie verbreitende Neokonservative“ – die natürlich wiederum als Teil einer „zionistischen Lobby“ gekennzeichnet werden. Die Organisation stellt sich relativ erfolgreich als integrationsfreudige und auf den demokratischen Mainstream ausgerichtete Lobbygruppe junger britischer Muslime dar und wird dafür häufig als „moderat“ eingestuft. Tatsächlich offenbart ein näherer Blick auf ihre Website eine deutlich islamistische Agenda.

ten Jahren hat es sich als immer problematischer erwiesen, dass der Antirassismus über kein Analyseinstrumentarium verfügt, welches das Spezifische des Antisemitismus gegenüber dem Rassismus erfasst.

Rassismus hat grob gesagt meist mit körperlicher Arbeit, kolonialer Gewalt und Sexualität zu tun, mit Abspaltungen nach dem Muster Wildheit vs. Zivilisation, auch wenn die aus diesem Komplex entspringenden Projektionen vom Biologischen abgelöst und in die Sphäre der Kultur verlagert werden. Die Abspaltung der „Wildheit“ bringt neben angstbesetzten Abgrenzungen gegen das „Primitive“ und „Barbarische“ immer auch eine spezifische Anerkennung, ja Bewunderung des „Ursprünglichen“ und „Unverfälschten“ hervor, wie sie sich etwa in der Figur des „edlen Wilden“ kristallisierte. Der „Andere“ wird zwar als minderwertig und feindlich markiert, bleibt aber in dieser Entgegensetzung ein Teil des Ganzen. Während Rassismus sich so auf Konkretes bezieht, folgt der moderne Antisemitismus einer ganz unterschiedlichen Logik, die wesentlich im Hass auf die Abstraktion gründet. Während der Rassismus seine Feinde als Minderwertige „klein“ macht, macht sie der Antisemitismus zugleich „klein“ („Untermenschen“, „Ungeziefer“, „Schleim“...) und geradezu „übergroß“ („mächtige Drahtzieher“, „geheime Macht“...): nur Juden können daher gleichzeitig für die „kommunistische Gefahr“ und den „raffigierigen Kapitalismus“ stehen. Allein der moderne Antisemitismus tritt als allumfassende, verschwörungstheoretische Welterklärung für sämtliche in der modernen, kapitalistischen Gesellschaft erfahrenen Übel, Demütigungen und Krisen auf und nimmt eine entsprechend existentielle Feinderklärung gegen die Juden vor. Als Weltfeind oder das Antivolk schlechthin, dem die Zersetzung und Zerstörung jeder „gewachsenen“ Gemeinschaft und die Beherrschung der Finanzsphäre etc. vorgeworfen wird, werden sie einer Vernichtungsdrohung ausgesetzt, die es in dieser Form weder gegen Muslime noch andere „Rassisierte“ gibt.

RassismustheoretikerInnen beziehen sich hingegen oft auf einen über 15 Jahre alten Text des französischen Rassismusforschers Etienne Balibar,³² in dem dieser den Antisemitismus als „Prototyp“ des seiner Auffassung nach seit dem Zweiten Weltkrieg dominierenden kulturalistisch und differenzialistisch begründeten Rassismus bezeichnete, dieser sei „ein verallgemeinerter Antisemitismus.“ Nach dem 11. September hat auch Balibar dies zur Gleichsetzung von Islamophobie mit Antisemitismus ausgebaut.³³ Diese Auffassung hat zu einer bis heute stilbildenden Verwischung des Unterschieds zwischen den verschiedenen Formen des Rassismus und dem antisemitischen Vernichtungswahn geführt. Immer wieder

³² Balibar, Etienne (1998a): Gibt es einen „Neo-Rassismus“?, in: - ders. und Wallerstein Immanuel, Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg 1990, S 23-38, zum folgenden insbesondere S.32..

³³ Er erklärte den Antisemitismus „zum einen Teil eines Begriffspaares“, „dessen anderer Teil (...) der Araberhass beziehungsweise die Islamfeindlichkeit“ sei. Etienne Balibar, „Der antisemitische Komplex - Eine selbstkritische Konzeption des Feindes: Zur Doppelgestalt von Judenhass und Araberhass“, FR 25.6.02.

wird etwa der Holocaust lediglich als „maßlose Fortsetzung der rassistischen Konstellation des 19. Jahrhunderts" begriffen.³⁴

Die Verwischung des Unterschieds zwischen Rassismus und Antisemitismus wirkt auf verschiedenen Ebenen mit dem antirassistischen Verhältnis zu Islamismus und Antisemitismus unter muslimischen MigrantInnen zusammen. In linken Auseinandersetzungen um die Frage eines neuen, von Islamisten ausgehenden Antisemitismus wird diese systematische Begriffsverwirrung oft dazu benutzt, jede Kritik an letzterem als „Islamophobie“ zu diskreditieren. Dabei wird auch immer wieder der Topos bemüht, dass heute die Islamophobie in Europa, wenn nicht der ganzen westlichen Welt an die Stelle des Antisemitismus getreten sei. Werner Schiffauer etwa behauptete vor einiger Zeit, der Antisemitismus sei in Deutschland von einem massiven Antiislamismus abgelöst worden,³⁵ von Braun/Mathes behaupten ebenso wie Mark Terkessidis, dass „antisemitische Stereotype auch auf ‚die Muslime‘ übertragen“ würden.³⁶ Leider beteiligt sich inzwischen selbst das Zentrum für Antisemitismusforschung der Berliner TU an der Behauptung dieser Übertragung.³⁷ Auch diese Behauptung wird natürlich gerne von islamischen Machtpolitikern wie dem OIC-Generalsekretär Ihsanoglu aufgegriffen, der erklärte: „Die Islamophobie nähert sich dem Niveau des Antisemitismus der dreißiger Jahre.“³⁸

Das mit gefährlichste an dieser Gleichsetzung von Antisemitismus und Islamophobie ist wohl, dass damit der Antisemitismus bis zu einem gewissen Grad rationalisiert wird. Während Ressentiments gegen Muslime meist auf einer diskriminierenden Verallgemeinerung und Pauschalisierung von Dingen beruhen, die es nun einmal tatsächlich gibt, wie islamistische Terroranschläge oder islamisch begründete Frauenunterdrückung und Homophobie, beruht der moderne Antisemitismus wie gesagt auf fiktiven Vorwürfen der Weltverschwörung und Zersetzung und funktioniert deshalb auch ohne empirisch vorhandene Juden, z.B. in Ländern, in denen so gut wie keine Juden leben. Es hat wohl auch mit Rationalisierungen zu tun, dass die Behauptung, die Islamophobie habe den Antisemitismus ersetzt, oft in einem engen Zusammenhang mit der Dämonisierung Israels auftritt: wenn die Muslime die Juden von heute sind, dann kann auch Israel zum Nazi-Staat von heute und zur größten Bedrohung des Weltfriedens erklärt werden. Zahlreiche Stimmen, darunter der französische

³⁴ Terkessidis, Mark, *Psychologie des Rassismus*, Wiesbaden 1998, S. 179.

³⁵ W. Schiffauer behauptete im taz-Interview (6.11.03) „dass es in dieser Gesellschaft einen ganz massiven Antiislamismus gibt, der den Antisemitismus abgelöst hat,“ und sich angeblich in der Kopftuchfrage austobe; Walter von Rossum delegitimiert im Freitag (23.4.04) Kritik am Islamismus unter dem Titel: „Tretmine - Der Anti-Islamismus hält sich sehr genau an die Muster des Antisemitismus“.

³⁶ Mark Terkessidis, Die neue Form des Rassismus - Ein grassierender islamischer Antisemitismus in Europa ist durch Studien nicht belegbar. Doch mittlerweile werden antisemitische Stereotype auf "die Muslime" übertragen, taz 3.2.2004, vgl. von Braun/Mathes S. 432.

³⁷ http://zfa.kgw.tu-berlin.de/feindbild_muslim_feindbild_islam.pdf, vgl. dazu die Kritik von M. Küntzel, Das "Zentrum für Antisemitismusforschung" auf Abwegen, Über die Gleichsetzung von Antisemitismus und "Islamophobie", <http://www.mathiaskuentzel.de/contents/das-zentrum-fuer-antisemitismusforschung-auf-abwegen?print=y>, im Gefolge dieser und weiterer kritischer Interventionen entbrannte eine heftige Debatte um die Konferenz.

³⁸ Today's Zaman, 30.08.2006, <http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=36115>.

Philosoph Alain Finkielkraut, haben darauf hingewiesen, wie in scheinbar paradoxer Weise gerade die moralische Abrechnung Europas mit seiner eigenen Vergangenheit von Judenvernichtung, Kolonialverbrechen und nationalistischen Gewaltausbrüchen einem neuen, als Hass auf Israel daherkommenden Antisemitismus zum Durchbruch verholfen hat. Man werfe nun den Juden vor, ihre einstige kosmopolitische Mission verraten zu haben und in Gestalt Israels als Einzige im Gegensatz zu allen anderen rücksichtslos nationale Souveränität auszuüben und dabei die Speerspitze der Unterdrückung des muslimischen „Anderen“ durch den Westen zu sein.³⁹ In Folge dieser Verkehrung wird dann Israel dämonisiert und vom linken Schriftsteller José Saramago bis zu deutschen Bischöfen entdeckt man ein neues Warschauer Ghetto - in Ramallah.

Homogenisierung von MigrantInnen zu „Muslimen“ und das Kopftuch

Oft wird behauptet, Islamophobie würde Muslime zu einem monolithischen Block verschweißen und „der Pluralität und Diversivität der muslimischen Gesellschaften und der Lebensweisen von Musliminnen und Muslimen“ keine Beachtung schenken. Allerdings wird bereits durch diese Zurückführung aller Probleme, mit denen MigrantInnen muslimischer Herkunft konfrontiert sind, auf Islamophobie auch deren Festlegung auf eine religiös definierte Identität betrieben.

Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die seit Jahren geführte Debatte um die weibliche Verschleierung und Frauenrechte im Islam. Der bereits vorhin erwähnte Vorwurf, westliche Feministinnen machten sich durch universalistische Kritik an den Praktiken „lokaler Kulturen“, also etwa an islamisch begründeter patriarchaler Gewalt, der Kollaboration mit westlicher Hegemonie und Rassismus schuldig, gehört inzwischen zum Standardarsenal auch des postkolonialistischen Antirassismus.⁴⁰

In aller Regel tauchen Kopftuchträgerinnen dort fast ausschließlich in Gestalt junger Muslimas der zweiten und dritten Generation auf, die das Kopftuch aus freier Wahl als selbst-

³⁹ Alain Finkielkraut, Im Namen des Anderen. Reflektionen über den kommenden Antisemitismus, in: Doron Rabinovici, Ulrich Speck, Nathan Sznajder (Hg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt 2004, S. 119-132. Vgl. auch Nathan Sznajder, Die wirkliche Befreiung - Über 40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen und ihre Instrumentalisierung, Die Welt, 7.5.2005.

⁴⁰ Vor allem gegen Kopftuch-Gegnerinnen wie Alice Schwarzer. Sie mache sich zu „Handlangerinnen von Unterdrückung“, so die selbst jahrelang in einen gerichtlichen Kopftuchstreit involvierte Lehrerin und Konvertitin Iyman Salwa Alzayed. Alzayed, Iyman Salwa: "Ihre Schönheit nicht zur Schau stellen." Warum ich als Muslima für das Kopftuch in der Öffentlichkeit bin. In: Evangelische Medienakademie Boll: Online-Dokumentation zur Tagung "Das Kreuz mit dem Kopftuch. Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts" vom 28. bis 30. November 2003, S. 7. Quelle: http://www.bpb.de/themen/K1MRJ0,0,0,Ihre_Sch%F6nheit_nicht_zur_Schau_stellen.html. Vgl. auch Brigitta Huhnke: Herrinnen der Plantage – zum Rassismus in der feministischen Kopftuchdebatte, ZAG 45, Herbst 2004, S. 22-26, auch von Braun/Mathes, 2007, a.a.O., S. 211. Birgit Rommelspacher behauptete schon 1993, es werde „Rassismus reproduziert, wenn beispielsweise Feministinnen den militanten Sexismus im Islam anprangern“, in: Die Borniertheit der weißen Mittelschichtsfrau, taz v. 16.4.1993.

bewusstes Identitätszeichen tragen. In jüngster Zeit sind diese unter dem Schlagwort „Neo-Muslimas“ zu einer geradezu mythischen Figur geworden: Feridun Zaimoglu forderte vehement die Aufnahme einer Vertreterin dieser Gruppe in die Islamkonferenz, Mark Terkessidis sah vor einigen Jahren schon in der Selbstislamisierung der jungen Frauen „eine weitaus interessantere und originärere politisch-kulturelle Hybridisierung, als zunächst sichtbar wird. Die jungen Frauen mit ihren Kopftüchern bieten dem hegemonialen Blick in Deutschland keinerlei Anhaltspunkt.“⁴¹

Exemplarisch wird diese Argumentation auch im bereits erwähnten Buch der Kulturwissenschaftlerinnen Christina von Braun und Bettina Mathes wiederholt, dessen Titel „Verschleierte Wirklichkeit“ diesbezüglich wirklich programmatisch ist. Wie viele andere VerteidigerInnen des Kopftuches lassen sich von Braun/Mathes zunächst schwärmerisch über die „Vielfalt des Schleiers“ in den unterschiedlichsten Kulturen und historischen Zeiträumen aus. Entgegen ihrem eigenen Anspruch auf genaue gesellschaftlich-kulturelle Kontextualisierung stellen sie dabei assoziative und oft völlig ahistorische Bezüge zwischen weiblichen Kopfbedeckungen und Verhüllungen in allen monotheistischen Religionen und unterschiedlichsten Geschichtsepochen her. Das ist jedoch nicht weiter verwunderlich. Der Schleier ist für sie gemäß der poststrukturalistischen Philosophie vor allem ein „leerer Signifikant“⁴², der sich keineswegs auf ein islamisch-patriarchales Machtsymbol reduzieren lasse, sondern mit allerlei Bedeutungen gefüllt werden kann. Und das tun sie dann selbst recht freigiebig und mit teilweise haarsträubenden Gleichsetzungen. „Der Gewalt, der der Westen die verschleierte Muslimin ausgesetzt glaubt, steht die Gewalt des westlichen voyeuristischen Blicks gegenüber“ behaupten sie etwa. Im gleichen Atemzug stellen sie »der Gewalt der Klitorisbeschneidung«, die sicher bekämpfenswert sei, »im Westen Schönheitsoperationen gegenüber«. Die Genitalverstümmelung weiblicher Kleinkinder wird also relativierend den Zwängen sexistisch konnotierter weiblicher Schönheitsideale im Westen gleichgestellt.

Ähnlich wie beim eben zitierten Terkessidis wird auch von ihnen das Kopftuch junger Musliminnen vor allem als Widerstandssymbol gegen die "Zumutungen der Mehrheitsgesellschaft" gewertet⁴³. Von Braun/Mathes gehen aber noch einen Schritt weiter: Entscheide sich eine Muslima in Deutschland gegen den Schleier, so habe sie sich für sie „die Möglichkeit genommen, ihre kulturelle Differenz gegenüber der Mehrheitsgesellschaft zum Ausdruck zu bringen.“⁴⁴ Tausenden junger Frauen mit islamischem Hintergrund, die ihre individuelle Differenz ganz bewusst nicht religiös ausdrücken, wird damit schlicht eine authen-

⁴¹ Mark Terkessidis, *Der lange Abschied von der Fremdheit - Kulturelle Globalisierung und Migration*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 12, 22. März 2002, S. 36, vgl. Alnasseri a.a.O..

⁴² A.a.O., S. 26, 428.

⁴³ Ebd. S. 359, auch in diesem Zusammenhang wird in Analogie zu Fanon argumentiert: „Während die deutsche Mehrheitskultur von der Muslimin verlangt, sich auszuziehen, um als ‚Fremdkörper‘ unsichtbar zu werden, legt diese das Kopftuch an, um etwas von ihrer ‚Fremdheit‘ zu bewahren.“

⁴⁴ Ebd., S. 357.

tische Subjektpositionierung abgesprochen. Damit betreiben von Braun/Mathes eine massive kulturalistische Islamisierung von Migrantinnen.

Die Möglichkeit, dass Islamisten nicht nur als westliche Projektionen existieren, sondern ganz real über den Kopftuchzwang eine hierarchische Geschlechterordnung und die Islamisierung »ihrer« Communities durchsetzen, taucht bei von Braun/Mathes wie bei vielen ähnlich ausgerichteten Positionen kaum auf. Wenn doch, so wird sie in wie Pflichtübungen wirkenden Nebensätzen quasi als Banalität eingeräumt. Die Autorinnen weiten ihren verklärenden Blick auf die angeblich so selbstbestimmten Kopftuchstudentinnen selbst noch auf die islamistische Diktatur im Iran aus – schließlich sei »im heutigen Iran mehr als die Hälfte der Studierenden weiblich«. Frauen würden zwar zugegebenermaßen »unter islamischem Recht, der Sharia (...), Gewalt und Entrechtung erfahren, (...) aber mit dem Kopftuch, das als Symbol für diese Entrechtung herangezogen wird, hat das wenig zu tun«.

Was von solchen Behauptungen zu halten ist, ergibt sich allein schon aus der Tatsache, dass im Iran des Mahmud Ahmadinejad seitens der »Sittenwächter« des Regimes eine anhaltende Tugendterrorkampagne gegen »schlecht verschleierte Frauen« tobt, die zu Tausenden belästigt, verhaftet und misshandelt werden. Doch Braun und Mathes zufolge ist »die physische Gewalt, der man die verschleierte Muslima ausgesetzt glaubt«, nichts weiter als »ein Ausdruck jener symbolischen Gewalt (...), der die entblößte (westliche) Frau unterliegt«.

Wenn deutsche Antirassistinnen derart ihre Vorstellungen auf kopftuchtragende Muslima projizieren, passt es gar nicht in ihr Bild, dass die kritischen Positionen zum Kopftuch, die sie bei deutschen Feministinnen wie Alice Schwarzer angreifen, auch von zahlreichen Migrantinnen formuliert werden. Entsprechend ressentimentgeladen gehen sie feministische Islamkritikerinnen wie Necla Kelek, Seyran Ates und vor allem Ayaan Hirsi Ali an, die selbst einen islamischen Hintergrund haben und auf radikale Distanz zu dieser Religion gegangen sind. Die antirassistische Begeisterung für die unterdrückten „Anderen“ findet ihre Grenzen offenbar dort, wo diese nicht die eigenen Positionen vertreten. Aus einer Position der moralischen Verteidigung eines kulturrelativistisch bestimmten „Anderen“ werden so Positionierungen vorgenommen, die auf die Vernachlässigung säkularer MigrantInnen zugunsten islamistischer Kräfte hinauslaufen.

Das zeigt sich besonders krass am Umgang mit Ayaan Hirsi Ali. Um sie entschieden gegen die Angriffe aus dem antirassistischen Lager zu verteidigen, muss man nicht alle politischen Positionen von Hirsi Ali gutheißen. Etwa, wenn sie fragwürdige Positionen zur Abschiebepolitik vertritt. Aber der ressentimentgeladene Hass, der ihr entgegengebracht wird, hat mit einer begründeten Kritik an bestimmten politischen Positionen Hirsi Alis nichts zu tun, denen auch sehr vernünftige Positionen gegenüberstehen.

Christina von Braun und Bettina Matthes stellen Theo van Goghs und Ayaan Hirsi Alis Film „Submission“ gar in die Tradition orientalistischer Vergewaltigungsphantasien. Der Film bediene sich »eindeutig pornographischer Mittel«, ja er unterscheide sich von »anderen

westlichen Bildern des Orients« durch »die Deutlichkeit, mit der die Gewalt des Voyeurismus zum Ausdruck gebracht wird«. Schließlich schreiben die Autorinnen: »Das mag der Grund sein für die Gewalt, mit der Muslime ihrerseits auf den Film reagiert haben.« Damit äußern sie offen Verständnis für die Motive von Theo van Goghs Mörder Mohamed Bouyeri, auch wenn sie sich formal davon distanzieren. Es gehe ihnen nämlich nicht darum, »den Mord zu entschuldigen oder zu rechtfertigen, sondern zukünftig die (...) Gewalt auslösende Wirkung symbolischer und unbewusster Ordnungen im Umgang mit dem Fremden ernst zu nehmen«. Mit anderen Worten: Es empfiehlt sich, Selbstzensur zu üben. Das legen sie auch im Fall des Karikaturenstreits nahe.⁴⁵

Auf die vor dem Hintergrund postkolonial-feministischer Theorien eigentlich nahe liegende Interpretation dagegen, dass Ayaan Hirsi Ali mit ihrer Darstellung eine Kritik der Einschreibung sexistischer Gewalt auf den Körper der Frau durch das Medium der koranischen Schrift bezweckt haben könnte, kommen von Braun/Mathes ebenso wenig wie sonst jemand im antirassistischen Spektrum. Dabei hat Hirsi Ali sich selbst mehrfach in genau diesem Sinn geäußert. Aber das auch nur ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen, wäre wohl nach vorherrschender Interpretation „islamophob“.

In gleicher Manier dreschen von Braun/Matthes auch auf andere feministische Islamkritikerinnen wie Necla Kelek und Seyran Ates ein. Ohne auch nur im geringsten etwa auf die Unterschiede zwischen Necla Kelek und der weitaus differenzierter argumentierenden Seyran Ates einzugehen, beklagen sie sich, dass deren Bücher "nicht nur Bestseller" sind, sondern gar noch "als ernsthafte Beiträge zur Diskussion über die Integration von Muslimen in die deutsche Gesellschaft gelesen werden". Zur Untermauerung ihrer Kritik an der angeblichen "Unhaltbarkeit der darin enthaltenen Thesen" führen sie dann als einziges ausgerechnet einen im Februar 2006 von der Wochenzeitschrift "Die Zeit" veröffentlichten "Offenen Brief" von "60 deutschen Migrationsforschern" an, initiiert von Mark Terkessidis und Yasemin Karakasoglu. Dort wurden seinerseits Islamkritikerinnen wie Seyran Ates und Necla Kelek als unseriös diffamiert. Renommierete Islamwissenschaftlerinnen wie Ursula Spuler-Stegemann kritisierten den Aufruf als „eine einzige geballte Peinlichkeit“⁴⁶, aber das erwähnen von Braun/Mathes natürlich nicht.

Die angeführten Beispiele zeigen, dass gerade migrantische Stimmen, welche den Islamismus oder auch den Islam als religiös begründete Alltagspraxis aus einer säkularen, universalistischen Position heraus scharf kritisieren, im gegenwärtigen antirassistischen Diskurs oft bestenfalls als assimilatorische Selbstaufgabe, schlimmstenfalls als Kollaboration mit einem „islamophoben“, universalistischen Rassismus wahrgenommen werden.

⁴⁵ Ebd., S. 61.

⁴⁶ F.A.Z., 11.02.2006.

Die Figur des Anderen

Vieles von dem hier kritisierten erklärt sich aus einer verklärenden und moralisch absoluten Besetzung der Kategorie des „Anderen“ durch viele AntirassistentInnen.⁴⁷ Nicht von ungefähr hatte bereits Adorno gewarnt, dass jeder Versuch, das Andere oder Differente als positive Gegen-Subjektivität zu fassen, identifizierendes und verdinglichtes Denken ist: "Unmittelbar ist das Nichtidentische nicht als seinerseits Positives zu gewinnen."⁴⁸ Diese Warnung hat angesichts der hier beschriebenen Konsequenzen antirassistischer Identitätspolitik im Namen des Anderen nichts an Aktualität eingebüßt. Im Interesse eines linken Antirassismus, der dem Anspruch radikaler Gesellschaftskritik genügen will, empfiehlt es sich daher, eine moralische Abrüstung der Kategorie des Anderen vorzunehmen. Das bedeutet keineswegs, sich von dieser Kategorie zu verabschieden. Es wäre im Gegenteil notwendig, einen konsequent kritischen Begriff des Anderen zu entwickeln, der von jeder identitären Besetzung dieser Kategorie absieht.

Nur unter dieser Voraussetzung wird es möglich sein, nicht nur die Selbstdefinition des Westens über die Imaginationen eines orientalischen Anderen zu kritisieren, sondern genauso die nicht minder identitären und in ihrer Konsequenz mörderischen Gegenstücke wie die islamistische Jihad-Ideologie mit ihrem antiwestlichen und antisemitischen Feindbild. Der moderne Antisemitismus lässt sich sowohl im europäischen als auch im muslimisch-arabischen Kontext auf der Grundlage materialistischer Gesellschaftskritik als wahnhaftige Reaktion auf kapitalistische Vergesellschaftung begreifen – auch wenn diese im arabischen Fall wesentlich durch den europäischen Kolonialismus durchgesetzt wurde. Das erfordert aber auch eine Verabschiedung jener kulturellrelativistischen Perspektive, die jede universalistisch begründete Kritik sofort als „eurozentrisch“ zurückweist. Eine Perspektive, die statt dessen an die kritische Selbstreflexion der Aufklärung im Sinne der kritischen Theorie anknüpft, braucht weder historische Unterschiede noch die internationalen wie innergesellschaftlichen Machtverhältnisse entlang rassistischer Linien zu ignorieren. "Selbstreflexion der Aufklärung ist nicht deren Widerruf"⁴⁹ insistierte Adorno und forderte eine „selbstkritische Wendung des Einheitsdenkens.“⁴⁹ Ein in diesem Sinn kritischer Universa-

⁴⁷ „Der noch fruchtbare Schoß, aus dem das schändliche Böse hervorgekommen ist, kann auf keinen Fall vom Anderen entbunden werden.“ Finkielkraut, a.a.O., S. 130. Etwas prosaischer umschreibt es der kritische linksliberale Kolumnist des Observer, Nick Cohen. Angesichts der Tatsache, dass auch in Großbritannien keine Unterstützung für die Opfer islamistischer Bedrohungen in den migrantischen Communities von einer Linken zu erwarten ist, die einen Yussuf al Qaradawi oder die diesem verbundene Muslim Association of Britain umarmt, welche beide den Abfall eines Muslims oder einer Muslima vom Glauben für ein todeswürdiges Verbrechen halten, schreibt er: „Würde der Erzbischof von Canterbury eine ähnliche Behandlung für christliche Renegaten vorschlagen, bräche sofort die Hölle los. Aber wenn solche Eiferer von ‚dem Anderen‘ kommt, so bleibt es still.“ Nick Cohen, I still fight oppression - The liberals who say I have deserted the left should ask themselves where they stand on Islamism, Observer, 7. 8. 2005.

⁴⁸ Theodor W. Adorno: *Negative Dialektik*. Frankfurt a.M. 1982, S. 160 f.

⁴⁹ Ebd..

lismus braucht und sollte auch nicht die Herrschaftskritik an der eigenen Gesellschaft und ihrer Geschichte aus den Augen verlieren.⁵⁰

Die weit verbreitete antirassistische Haltung hingegen, Islamismus, Antisemitismus, Homophobie, Nationalismus und sämtliche übrigen negativen Einstellungs- und Verhaltensmuster unter MigrantInnen auf deren rassistische Ausgrenzung zurückzuführen, arbeitet deren kulturalistischer Fremdmarkierung sogar noch zu. Dadurch werden die TrägerInnen dieser Ideologien nämlich wiederum nicht als politische Subjekte ernst genommen, sondern aus einer Opferperspektive betrachtet und unter eine Art paternalistische Kuratel gestellt. Ein reflektiert universalistischer Antirassismus sollte dagegen in der Lage sein, Islamisten genauso als Teil dieser Gesellschaft zu begreifen wie die nichtmigrantischen Rassisten und Antisemiten aus der „Mitte der Gesellschaft“. Aus einem solchen Antirassismus folgt, Islamisten hier politisch und nötigenfalls juristisch zu bekämpfen, aber gleichzeitig auch gegen die Anwendung rassistischer Sondergesetze einzuschreiten.

In diesem Sinn wäre vielleicht auch ein anderer Begriff von Integration vonnöten. Denn in den einschlägigen migrationspolitischen Debatten wird Integration bislang ausschließlich auf einer binären Folie des „Wir“ und „Die Anderen“, wer integriert wen, buchstabiert. Dabei soll der Begriff ja seiner Bedeutung gemäß genau für die Überwindung solcher Aufspaltungen stehen – statt sie auch noch semantisch zu reproduzieren. Integration wäre daher vielleicht nicht in Bezug auf die eine oder andere Seite - Mehrheitsgesellschaft hier, Migration da – zu denken, sondern auf ein Drittes, nämlich auf das, was für die Herstellung einer aufgeklärten und emanzipierten, wirklich demokratisch die Freiheit und individuelle Entfaltung aller ihrer Mitglieder ermöglichenden Gesellschaft wünschenswert wäre. In Sinne eines solchen Integrationsbegriffes wäre ein Jihadist oder faschistischer Anhänger der „Grauen Wölfe“ in der Türkei genauso ein Integrationshindernis wie in Deutschland, und ein deutscher Neonazi wäre in Mecklenburg-Vorpommern ebenso ein Integrationshindernis wie in einem türkischen Umfeld. Solch ein Integrationsbegriff wäre nicht nur universell, sondern auch materialistisch, entspräche er doch dem von Marx als Konsequenz aller Religionskritik formulierten „kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen sei.“⁵¹

⁵⁰ Genau dieser Fehler unterläuft leider auch Autoren wie Finkielkraut, etwa als dieser angesichts der Unruhen 2005 in vermeintlicher Verteidigung der Aufklärung gegen einen angeblich ausschließlich ethnisch-religiös motivierten Mob aus den Banlieues plötzlich die zivilisatorischen Segnungen des Kolonialismus wiederentdeckte. What sort of Frenchmen are they?, Haaretz, 18.11.2005; dt.:Ein Pogrom gegen die Republik - Der Philosoph Alain Finkielkraut über die gewalttätigen Krawalle in Frankreichs Vorstädten, Die Welt, 10.12.2005.

⁵¹ K. Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, S. 385.



In der Reihe Hamburger Skripte sind bisher erschienen:

HS 1: Links • WählerInnen • Potenziale. Hintergründe und Schlussfolgerungen zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft 2001 (vergriffen)

HS 2: Ein Politisches Beben verändert die Stadt – bald auch die Republik? Gedanken zum Aufstieg der Schill-Partei (1,50 €)

HS 3: Gefährliche Fiktion: Die "Protokolle der Weisen von Zion" (1,50 €)

HS 4: Zeichen für Rosa Luxemburg. Aktuelle Auseinandersetzungen um die Deutung von Geschichte (vergriffen)

HS 5: Der Entwurf der Verfassung der Europäischen Union: Militarisierung oder Friedensfähigkeit? (1,50 €)

HS 6: Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill. Skizzen zur Schillischen Variante des bundesdeutschen Rechtspopulismus (vergriffen)

HS 7: Von der emanzipatorischen Theorie zur erwachsenendidaktischen Praxis? Zum Selbstverständnis politischer Erwachsenenbildung (2,00 €)

HS 8: Frieden mit der Vergangenheit? Die beiden Wehrmachtsausstellungen als Beispiel für den deutschen Umgang mit dem Holocaust (vergriffen)

HS 9 (Sonderband): Prekäre Bewegungen. Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich und Dänemark (6,00 € / Buchhandel)

HS 10: Linke Parteien und Kooperationen in Europa – ein Überblick (2,50 €)

HS 11 (Sonderband): Hamburg: Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen? – (6,90 € / Buchhandel)

HS 12: „Individuelle Rechte werden aufgehoben“ Analysen zu HARTZ IV (2,00 €)

HS 13: Umerziehung durch die Herrschaft Gottes. Die Erweckungsbewegung "Moralische Aufrüstung" im Reeducation-Programm der Nachkriegszeit (2,00 €)

HS 14: Mythen über die Internationalen Brigaden. Neuere Forschungsergebnisse zum Spanischen Bürgerkrieg (2,00 €)

HS 15: Hegemonie und Gegen-Hegemonie als pädagogisches Verhältnis. Antonio Gramscis politische Pädagogik (2,00 €)

HS 16: Alternativen zum Hamburger Haushalt oder: Wie Hamburg zu Geld kommen kann. 8 Thesen (vergriffen)

HS 17: Die Linke - Chance oder Scheitern? Diskussion zwischen Jens König (taz-Redakteur), Oliver Nachtwey (Parteienforscher) und Katina Schubert (Stellvertretende Vorsitzende Linkspartei.PDS) (2,00 €)

Die Ausgaben der Hamburger Skripte (außer Sonderbänden) können kostenfrei von unserer Website herunter geladen werden.